



SPD

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Rat der Gemeinde Neuenkirchen
Gruppe mit August Brackmann B90/Grüne

SPD Fraktion im Rat der Gemeinde Neuenkirchen /
Gruppe mit August Brackmann B90/Grüne c/o
Daniel Schweer, Konrad-Adenauerstr. 28, 49586 Neuenkirchen

An
-die Presse

SPD Fraktion im Rat der Gemeinde
Neuenkirchen
Gruppe mit August Brackmann B90/Grüne
Vorsitzender:

Daniel Schweer
Konrad-Adenauerstr. 28
49586 Neuenkirchen

Tel. 05465/439
Mobil: 0160/822 0 439
e-Mail: daniel-schweer@osnanet.de

Neuenkirchen, den 18. Juli 2019

SPD-Fraktion begrüßt Vorstoß der Baulandkommission - Grundsteuer C zeitnah einführen

Neuenkirchen

Die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Neuenkirchen begrüßt die im Juli 2019 beschlossene Empfehlung der Baulandkommission, den Kommunen im Rahmen einer Novelle des Baugesetzbuches (BauGB) die Anwendung des Baugebots zu erleichtern. „Die Verschärfung soll nach Willen der Kommission für nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik zielgerichtet auf die Schließung von Baulücken zugunsten des Wohnungsbaus hinwirken. Sie empfiehlt ergänzend zu dem auf die Aktivierung von einzelnen Grundstücken ausgerichteten Baugebot die Prüfung zur Einführung eines neuen Instruments zur Aktivierung dispers verteilter innerstädtischer Flächenpotenziale“ so zitiert der Fraktionsvorsitzende Daniel Schweer aus dem zwölfseitigen Bericht an die Bundesregierung.

Bereits im März 2017 habe die SPD-Fraktion gefordert, den Baustillstand an der Bramscher Straße zu beenden, und die Gemeinde aufgefordert die Eigentümer nach § 176 Baugesetzbuch endlich zur Bebauung zu verpflichten. „Auf das nachdrückliche Anschreiben von Seiten der Verwaltung sei von Seiten der Grundstückseigentümer jedoch weiterhin ablehnen reagiert worden“ so Schweer.

Ein weiteres Mittel gegen ungenutzte baureife Brachflächen vorzugehen sieht die SPD-Fraktion in der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten Einführung einer Grundsteuer C. „In dem 2018 geschlossenen Vertrag heißt es dazu: Wir werden nach einer verfassungsrechtlichen Prüfung den Kommunen durch Schaffung der rechtlichen Grundlagen die Möglichkeit einräumen, die Baulandmobilisierung durch steuerliche Maßnahmen zu verbessern. Durch die Einführung einer Grundsteuer C ermöglichen wir den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, die Verfügbarmachung von Grundstücken für Wohnzwecke zu verbessern. Hier muss die Koalition endlich handeln“ fordert Schweer abschließend.

Bildunterschrift:

Eines der brachliegenden Grundstücke an der Bramscher Straße